

Informationsdienst des CGB

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich herzlich für das Vertrauen, dass Sie mit meiner Wiederwahl zum Ausdruck gebracht haben. Ich wünsche uns allen in den kommenden fünf Jahren eine weiterhin so gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Arbeit für den CGB in der vergangenen Amtsperiode hat mir persönlich viel Freude gemacht und ich freue mich das Amt auch weiterhin mit soviel Rückhalt durch die Delegierten ausüben zu können.

Ich möchte auch nicht vergessen, meinen Respekt und meine Anerkennung den Mitgliedern des Bundesvorstandes und Hauptausschusses auszudrücken. Ohne die unermüdliche und qualifizierte Arbeit meines Bundesvorstandes und Hauptausschusses hätte ich in den vergangenen vier Jahren meine Aufgaben als Bundesvorsitzender nicht wahrnehmen können. Hervorheben möchte ich auch die Arbeit und das Engagement der ehrenamtlich für den CGB tätigen Kolleginnen und Kollegen, ohne deren permanenten und uneigennütigen Einsatz wäre unsere Arbeit im CGB nicht zu leisten. Selbstverständlich gilt mein Dank auch den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich mit einem überdurchschnittlichen hohen Einsatz für eine erfolgreiche Zukunft des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands einsetzen.

In meiner kommenden Amtszeit werde ich meine ganze Kraft einsetzen, den CGB und seine Einzelgewerkschaften als Vorsitzender der Dachorganisation in der Öffentlichkeit zu repräsentieren, politisch bekannter zu machen und dem CGB zu dem Stellenwert in der Gesellschaft zu verhelfen, der ihm gebührt.

Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam anpacken, vor denen wir stehen und gemeinsam die Zukunft im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten!

Ihr Matthäus Strebl

* * * *

14. Ordentlicher Bundeskongress des Christlichen Gewerkschaftsbunde Deutschlands „Unsere Verantwortung in Staat und Gesellschaft – CGB!“

Anlässlich des 14. ordentlichen CGB - Bundeskongresses haben sich am 10. und 11. Oktober 2008 123 Delegierte aus den 16 Mitgliedsgewerkschaften in Nürnberg mit gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt, die die Verantwortung einer Gewerkschaft in Staat und Gesellschaft im Jahr 2008 und in der Zukunft betreffen.

Der CGB stellt sich seiner Verantwortung, aber er ist bereit auch Kritik aufzunehmen. Die Rechenschaft, die der Vorstand, angeführt vom Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl, gegenüber den Delegierten abgelegt hat, war überzeugend.

Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden

Der CGB-Vorsitzende Strebl widmete sich in seiner Rede der Verantwortung von Gewerkschaften in einer globalisierten Weltwirtschaft. Er mahnte die Politik, dass eine Neuorientierung der Gewerkschaften in Deutschland missverstanden wird mit einer Schwäche der Gewerkschaftsbewegung. Strebl arbeitete heraus, dass sich alle Gewerkschaften in Deutschland neuen Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stellen müssen,

INTERN

Ausgabe Oktober 2008



Matthäus Strebl
Matthäus Strebl
 Bundesvorsitzender

wenn sie erfolgreich sein wollen. CGB-Gewerkschaften bieten auf diese Erwartungen Antworten, die sich im Bedeutungsgewinn des CGB in den vergangenen vier Jahren ausdrücken.

Strebl fand deutliche Worte gegen die fortwährenden Angriffe des DGB und seiner Mitglieder gegen den CGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf dem gerichtlichen Wege. Nachdem die IG-Metall akzeptieren musste, dass die größte CGB-Gewerkschaft, die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM), vom BAG im März 2008 als tariffähige Gewerkschaft bestätigt wurde, hätte man doch annehmen müssen, dass nun Schluss ist mit der Rechtfertigung Christlicher Gewerkschaften vor Gericht. Das Gegenteil ist nach dem Erfolg für die CGM beim BAG zu beobachten gewesen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben danach den CGB und seine Mitglieder mit sog. Statusverfahren konfrontiert, wie nie zuvor, von denen kein einziges Verfahren bislang Erfolg hatte. Aus Sicht des CGB, und das arbeitete Strebl in seiner Rede sehr präzise heraus, sind diese gerichtlichen Auseinandersetzungen ein Missbrauch einer Gesetzeslage, die der Gesetzgeber schnellstmöglich abstellen muss. „Alle Kräfte, die solche Statusverfahren für gut heißen und damit die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frage stellen wollen, sind Menschen, die unsere pluralistische und demokratische Grundordnung bekämpfen“, so Strebl.

Für Strebl waren die vergangenen vier Jahre auch sehr erlebnisreiche Jahre. Die aktuelle Finanzkrise, die Sparguthaben der Arbeitnehmer bedroht, ist für ihn eine Frage der persönlichen Verantwortung. Bankmanager müssen für ihr Missmanagement in die Verantwortung genommen werden. Der Arbeitnehmer ist eben nicht nur ein Objekt der Bilanzen von Unternehmen, sondern er ist Teil dessen, was Unternehmen erwirtschaften können. Strebl forderte deshalb, dass auf breiter Front gegengesteuert wird, gegen die Lehre, dass Arbeitnehmer nur als Kostenfaktor bewertet werden. Das kann nicht richtig sein.

„Es waren erfolgreiche vier Jahre“, stellte der CGB Bundesvorsitzende am Ende seines Rechenschaftsberichtes fest. Er ist sich sicher, dass die Erfolgsgeschichte des CGB sich auch in der Zukunft fortsetzen wird.

Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs

Der Generalsekretär des CGB, Gunter Smits, legte einen Schwerpunkt seiner Rede auf die Käuflichkeit von Arbeitnehmervertretern. Er verurteilte dies und stellte fest, dass es in den vergangenen Jahren ausnahmslos Arbeitnehmervertreter waren, die nicht dem CGB angehörten, die sich auf eine solche Vorteilsnahme eingelassen haben. Derartige Korruption schadet der Gewerkschaftsbewegung allgemein, so Smits.

Damit Korruption im Betrieb erfolgreich bekämpft werden kann, braucht man eine effektive Kontrolle, stellte Smits fest. Die Demokratie hat bewiesen, dass der Wettbewerb politischer Parteien erfolgreich ist, wenn derartige Missstände aufgearbeitet werden müssen. Gleiches gilt für die betriebliche Ebene. Nur der Gewerkschaftspluralismus ist in der Lage, derartige Missstände aufzuarbeiten und er ist deshalb das einzig richtige Instrument, um Verfehlungen bei Volkswagen oder Siemens im Interesse der Arbeitnehmer erfolgreich zu begegnen.

„Der CGB kann auf stolze vier Jahre zurückblicken“, resümierte Smits in seinem Rechenschaftsbericht. Über seinen tarifpolitischen Bedeutungszuwachs ist ebenfalls berichtet worden, genauso wie über seinen Kampf, dass der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei bleiben muss.

Neuwahlen zum Bundesvorstand

Mit 96,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erfuhr Matthäus Strebl eine beeindruckende Bestätigung im Amt des Bundesvorsitzenden. Die Delegierten des Bundeskongresses zeigten sich äußerst zufrieden mit der Arbeit des CGB in den vergangenen vier Jahren: Nahezu alle Vorstandsmitglieder, die sich zur Wiederwahl stellten, wurden erneut in das Leitungsgremium gewählt - darunter die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Jörg Hebsacker** (DHV) und **Reinhard Schiller** (CGM).

Für die Säule des öffentlichen Dienstes ist **Raymund Kandler** (GÖD) neu in geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden. Er tritt als stellvertretender Bundesvorsitzender die Nachfolge von Gregor Targowski an.

Im Amt des Beisitzers im CGB Bundesvorstand bestätigt wurden mit ebenfalls großer Mehrheit **Detlef Lutz** (CGM), **Ulrich Bösl** (CGPT), **Lydia Dreyer** (GÖD), **Martin Stock** (GKH) sowie **Karin Heußner** (Union Ganymed). Neu im CGB Bundesvorstand vertreten sind **Christian Hertzog** (DHV) **Franz-Xaver Winklhofer** (KFG) sowie **Adalbert Ewen** (CGBCE).

Mit überwältigender Stimmenmehrheit der Delegierten wurde zudem **Helmut Ortman** im Amt des Schatzmeisters bestätigt. Der gebürtige Hamburger hat dieses Amt bereits seit 1996 inne.

Anträge zum Bundeskongress

Die Delegierten hatten über 40 Anträge und Änderungsanträge zu entscheiden. Die Anträge erstreckten über die Themenkomplexe des Arbeitsrecht, der Sozial- und Wirtschaftspolitik, des Öffentlichen Dienstes sowie der Gesundheits- und Bildungspolitik. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Anträge:

Ein Antrag im Themenkomplex Arbeitsrecht befasste sich beispielsweise mit der **Reichweite der Nachwirkung von Tarifverträgen** nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Die Delegierten votierten mehrheitlich für den Antrag dem Gesetzgeber aufzugeben, durch Gesetz oder Rechtsvorschrift im AÜG klar zu stellen, dass nur in Kraft befindliche Tarifverträge vom Grundsatz der gleichen Bezahlung (equal payment) befreien. Sinn des AÜG kann es nach dem Votum der Delegierten nicht sein, einzelnen Arbeitgebern wirtschaftliche Vorteile durch die Anwendung nicht mehr zeitgemäßer tariflicher Regelungen zu verschaffen.

Zum Thema **Einführung gesetzlicher Mindestlöhne** bekräftigte der Bundeskongress seine grundsätzliche ablehnende Haltung staatlicher Lohnverordnung. Nach Ansicht der Delegierten ist die Findung eines gerechten Lohngefüges Aufgabe der Sozialpartner.



Antragsberatung der Delegierten beim 14. ordentl. Kongress
Foto: Uwe Larsen

Mehrheitlich sprachen sich die Delegierten zudem für die **Abschaffung der sogenannten Ein-Euro-Jobs** aus, diese haben nachgewiesenermaßen keine beschäftigungswirksamen Effekte gebracht. Im Gegenteil: Sie verdrängen reguläre Arbeitsplätze und haben die Steuerzahler allein in 2007 mehr als eine Milliarde Euro gekostet.

Der CGB Bundeskongress bekräftigte weiter seine Forderung nach dem **Erlass einer Nachfolgeregelung für die Altersteilzeit**, die eine differenzierte Regelung beim Übergang in den Ruhestand ermöglicht. Viele Arbeitnehmer üben Tätigkeiten aus, deren Belastung es ihnen unmöglich macht, diese Tätigkeit bis zum Renteneintrittsalter auszuüben. Darüber haben viele Arbeitnehmer nicht mehr die Chance, nach dem 55. Lebensjahr eine Tätigkeit überhaupt auszuüben.

Die Delegierten verzichteten dagegen auf ein abschließendes Votum darüber, ob die Voraussetzungen für die **Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages** erleichtert werden soll. Es wurde in den Bundeskongress der Antrag eingebracht, das Quorum für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auf mehr als 1/3 abzusenken. Die Delegierten verwiesen diesen Antrag an den Bundesvorstand, da mit der Absenkung des Quorums die Gefahr bestünde, dass eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmen kann.

Weitere Anträge befassten sich unter anderem mit den Themenfeldern **Nachfolgeregelung für Altersteilzeit, Direktwahl im Aufsichtsrat und bei Konzern- und Gesamtbetriebsräten und der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches**.

Beim Thema **Einführung eines Gesundheitsfonds** für die gesetzliche Krankenversicherung bekräftigt der CGB Bundeskongress seine grundsätzliche Ablehnung. Sollte die Einführung nicht zu verhindern sein, votierten die Delegierten, so ist der Verteilungsanteil für die Verwaltungskosten so auszugestalten, dass eine wohnortnahe Betreuung der Versicherten gewährleistet werden kann.

Außerdem hat der CGB Bundeskongress beschlossen, den Gesetzgeber aufzufordern, die **Umsatzsteuer auf Arzneimittel** von derzeit 19 Prozent auf 7 Prozent zu senken. Es ist nicht einsehbar, dass lebensnotwendige Arzneimittel höher besteuert werden als zum Beispiel Zeitschriften. Weitere Anträge zum Themenkomplex Sozialversicherung / Sozialpolitik befassten sich u.a. mit der **Anrechnung von Erziehungszeiten auf gesetzliche Altersrente und dem abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren**.

Die Delegierten stimmten mehrheitlich für den Antrag, die **Pendlerpauschale** für die tatsächlich zurückgelegten Entfernungskilometer rückwirkend zum 1. Januar 2008 zu gewähren. Die Delegierten bekräftigten damit eine Resolution des CGB Hauptausschusses. Der CGB Bundeskongress forderte zudem Bundeskanzlerin Merkel auf, nicht auf den Tag zu warten, in dem das BVerfG die Berufspendlerpauschale in alter Form wieder in Kraft setzt.

Der CGB-Bundeskongress fordert weiter eine **Steuerreform**, die zu einer deutlichen Nettoentlastung der Bundesbürger in einer Größenordnung von einem Drittel der bis 2012 zu erwartenden Steuermehreinnahmen führt. Insbesondere die „kalte Progression“ für mittlere Einkommen muss beendet werden.

Ehrengäste des Bundeskongresses /Staatsempfang auf der Kaiserburg

Der Einladung des CGB nach Nürnberg sind zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gefolgt. Beispielhaft seien hier **Roel Rotshuizen**, Präsident der Weltorganisation der Arbeitnehmer (WOW), **Dr. Ralf Brauksiepe**, CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Valère Jung**, Generalsekretär der CFTC Métallurgie Frankreich sowie **Horst Förther** - 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg. Alle Ehrengäste des CGB Bundeskongresses würdigten die Bedeutung des CGB für die Gesellschaft in Deutschland und wünschten der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Am Freitagabend hatte die Bayerische Staatsregierung den CGB zu einem Staatsempfang auf die Kaiserburg in Nürnberg geladen. Höhepunkt dieses Empfangs war die Festrede von Sozial-Staatssekretärin **Melanie Huml**, in Vertretung für den **Bayerischen Ministerpräsidenten**, der aufgrund der an diesen Tag stattfindenden Koalitionsverhandlungen kurzfristig seine Teilnahme absagen musste und herzliche Grüße an die Teilnehmer des CGB Kongresses ausrichten lies. Mit dem Europaabgeordneten und stellv. CSU-Vorsitzenden **Dr. Ingo Friedrich** war ein weiterer hochrangiger Politiker Gast des Abends, der in seinem Grußwort die Bedeutung des CGB betonte.

Podiumsdiskussion „Arbeit menschenwürdig gestalten“



v.l.n.r.: Prof. Dr. Thüsing, Prof. Dr. Andreas Müller, Moderator Christian Hertzog, Gunter Smits, Robert Reichling; Foto: Uwe Larsen

Am Samstag diskutierten in einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaft und der Rechtslehre zu der Frage, wie Arbeit menschenwürdig gestaltet werden kann. Für das Podium konnten **Prof. Dr. Thüsing**, LL.M., Direktor am Institut für Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherheit, Universität Bonn, **Robert Reichling**, Leiter der Abteilung Tarifpolitik der BDA sowie **Prof. Dr. Andreas Müller**, Dozent für Betriebswirtschaftslehre, Staatliche Studienakademie Thüringen gewonnen werden.

Die Teilnehmer diskutierten kontrovers die Frage, was getan werden muss, um Arbeit menschenwürdig und gerecht zu gestalten. Einig war man sich, dass ein gerechter Lohn, von dem man leben kann, nur ein Teilaspekt einer menschenwürdigen Arbeitswelt ausmacht. Eine menschenwürdige Arbeit muss, da waren sich die Teilnehmer einig, eine Arbeit sein, die sowohl ein erträgliches Auskommen sichert, als auch die Möglichkeit zur Qualifikation und Weiterentwicklung eröffnet und die Chance zur freien Entfaltung der Persönlichkeit gibt.

Diskutiert wurde vor dem Hintergrund der Tarifautonomie auch, welche Aufgabe dem Staat bei der Lohnfindung zukommen kann und darf. Übereinstimmend vertraten die Diskutanten die Meinung, dass mit dem Eingriff des Staates in das bestehende Tarifgefüge ein empfindliches System aus Geben und Nehmen gestört wird, was nicht zuletzt auch verfassungsproblematisch höchst problematisch ist.

Die Teilnehmer gingen darüber hinaus der Frage nach, welche Aufgabe dem Tarifvertrag vor dem Hintergrund zurückgehender Tarifbindung in der heutigen Zeit zukommt und wie eine moderne Tarifpolitik der Zukunft gestaltet und umgesetzt kann. Man war sich einig, dass sich ein moderner Tarifvertrag an verschiedenen Kriterien messen lassen muss. Er muss ein gerechtes und angemessenes Einkommen sichern, flexible Einstiege und Weiterentwicklungsmöglichkeiten geben, der Alter angemessen berücksichtigt und darf die Eigenverantwortung des einzelnen nicht lähmen.

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow, Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.